

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/012(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 25.08.2020	Altes Rathaus Ratssaal	17:20 Uhr	20:15 Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.06.2020
- 4 Berichterstattung zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs  
BE: FB 40
- 5 Bericht Stadt Eltern- und Stadtschülerrat  
BE: FB 40
- 6 Sachstand Optimierung von Schulbezirken  
BE: FB 40
- 7 Übergang 4./5. Klasse  
BE: FB 40
- 8 Aktivitäten im Sportbereich  
BE: FB 40

9	Beschlussvorlagen	
9.1	Magdeburg 2030+ Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg - Gesamtstadt BE: Amt 61	DS0199/20
9.2	Variantenuntersuchung zum Verfahren der Verteilung von Einschülern an kommunale Grundschulen ab dem Schuljahr 2022/23 BE: FB 40	DS0241/20
9.3	Bestätigung der EW-Bau "Ersatzneubau Sportplatzfunktionsgebäude SG Handwerk Magdeburg e.V." BE: FB 40	DS0336/20
9.4	Namensgebung einer Schule BE: FB 40	DS0358/20
9.5	Erweiterungsneubau und Sanierung der Grundschule "Westerhüsen" mit Hort, Zackmünder Straße 1 in 39122 Magdeburg, Bestätigung der Vorplanung BE: KGm	DS0240/20
9.6	Kostenerhöhung Baumaßnahme "Erweiterung und Umnutzung Verein Sporttherapie und Behindertensport (VSB) und Schaffung von Umkleiden für den Universitätssportclub Magdeburg e.V." BE: FB 40	DS0426/20
10	Informationen	
10.1	Erste Ergebnisse zur Befragung "Digitales Lernen während der Corona-Krise aus Sicht der Eltern" BE: BOB	I0252/20
10.2	Information zum Pilotprojekt "Jugend und Kommune" - 2020 BE: V/01	I0212/20
11	Anträge	
11.1	Sanierungskonzept für den Salbker See I	A0151/20
11.1.1	Sanierungskonzept für den Salbker See I BE: FB 40	S0284/20
12	Verschiedenes	
12.1	Sachstand Vorabprüfung möglicher Schulstandorte (A0147/20)	

Anwesend:

**Vorsitzender**

Christian Hausmann

**Mitglieder des Gremiums**

Julia Bohlander

Jürgen Canehl

Bernd Heynemann

Dennis Jannack

Ronny Kumpf

Carola Schumann

**Sachkundige Einwohner/innen**

Nils Falkenberg

Matthias Stübig

**Geschäftsführung**

Diana Dreyer

Abwesend:

**Sachkundige Einwohner/innen**

Katja von Hagen

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss mit 7 anwesenden Stadträten beschlussfähig ist.

Er begrüßt zu ihrer ersten Sitzung die neue Beigeordnete, Frau Stieler-Hinz, und wünscht eine gute Zusammenarbeit. Weiterhin begrüßt er den Stadtelternrat, die sachkundigen Einwohner, die Verwaltung, die Kinderbeauftragte sowie die Presse.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**Der Vorsitzende** hält fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen ist. Er schlägt vor, dass TOP 6 „Sachstand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen“ aufgrund der Fülle der Themen heute entfällt.

**Stadtrat Heynemann** möchte, dass der TOP 10.1 DS0199/20 „Integriertes Stadtentwicklungskonzept ...“ auf die nächste Sitzung des BSS am 22.09.2020 vertagt wird.

**Der Vorsitzende** stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Sie wird mit **7:0:0 Stimmen** bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.06.2020

---

**Frau Kirstein, StER**, informiert über ein falsches Datum zum Volksbegehren gegen Lehrermangel. Richtig ist der 18.08.2020.

Die geänderte Niederschrift wird mit **7:0:0 Stimmen** bestätigt.

### 4. Berichterstattung zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs

---

**Der Vorsitzende** merkt an, dass am Donnerstag die Schule nach den Sommerferien wieder beginnt und macht auf die getroffenen Regelungen zum Tragen von Masken aufmerksam. Er bittet die Verwaltung um einen aktuellen Sachstand.

**Frau Richter, FBL 40**, informiert, dass es in den Schulen eine Umfrage bezüglich der Seifen- und Papierspender gab. In dessen Auswertung sind jetzt 350 Räume mit festinstallierten Spendern ausgestattet worden.

Natürlich wird in den Schulen der aktuelle Hygieneplan des Landes umgesetzt. Die verkürzten Reinigungszyklen bleiben gleich. Für die Umsetzung des Hygieneplans sind die jeweiligen Schulleiter zuständig.

Weiterhin informiert **Frau Richter**, dass eine sehr große Lieferung von FFP2-Masken, Atemmasken und Desinfektion gab, die an die Schulen (auch freie Träger) verteilt wurden.

**Stadträtin Schumann** möchte wissen, wie Risikogruppen – die FFP2-Masken bekommen sollen – definiert sind. Laut Bildungsministerium gibt es keine Risikogruppen. Nach welchen Kriterien verteilt der FB 40 die Masken.

**Frau Richter** informiert, dass die Masken nach einem bestimmten Schlüssel, der vom Land vorgegeben wurde, an alle Schulen verteilt wurden.

**Stadtrat Heymann** fragt, ob die Lieferungen zyklisch verlaufen oder ob es sich um eine einmalige Lieferung gehandelt hat. Außerdem informiert er, dass in Sachsen-Anhalt im Unterricht keine Masken getragen werden müssen.

**Frau Richter** informiert, dass es sich um eine einmalige Lieferung gehandelt hat. Sollte es wieder eine Lieferung geben, wird dies kurz vorher angekündigt.

**Herr Falkenberg** möchte wissen, ob zum Schulbeginn der ÖPNV wegen der Hygieneregeln verstärkt wird. **Frau Richter** verneint das. **Stadtrat Jannack** merkt an, dass die Hygienepläne auch für den ÖPVN gelten.

Er fragt nach, wie die Regeln auf dem Schulhof der GmS Leibniz in der Hegelstraße während der umfangreichen Baumaßnahmen sichergestellt werden sollen. Dies ist im vollen Baubetrieb doch gar nicht möglich. **Frau Richter** informiert, dass die Baumaßnahmen bis Ende September laufen. Tatsächlich ist es sehr schwierig, die Hygienemaßnahmen dann umzusetzen. Man wird mit der Schulleitung dazu nochmals Kontakt aufnehmen. **Stadträtin Schumann** ist sicher, dass die Schule die Pausengestaltung flexibel gestalten kann.

**Stadtrat Jannack** fragt, wie mit den Erfahrungen der Erkrankungen des Reinigungspersonals umgegangen wird. **Herr Reum, KGm**, merkt an, dass das Personal angehalten ist, jetzt Masken zu tragen.

## 5. Bericht Stadeltern- und Stadtschülerrat

---

**Der Stadtschülerrat** ist zur heutigen Sitzung nicht anwesend, hat aber schriftlich folgende Info abgegeben:

Am 17.08. erfolgte ein Gespräch mit der Kinder- und Jugendbeauftragten bezüglich diverser Anliegen zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung. Am 01.09. wird der Vorstand des Stadtschülerrates zusammentreffen um sich auf die Arbeit nach den Sommerferien sowie das erste Gespräch (02.09.) mit der neuen Beigeordneten vorzubereiten. Diesem Gespräch steht der Stadtschülerrat mit freudigen Erwartungen entgegen.

**Frau Dr. Kirstein vom Stadelternrat** weist darauf hin, dass bezüglich des Volksbegehrens gegen Lehrermangels beim Landesverwaltungsgericht um eine Fristverlängerung von 6 Wochen gebeten wurde – dies wäre dann der 16.09.20. Eine endgültige Entscheidung steht aber noch aus.

## 6. Sachstand Optimierung von Schulbezirken

---

**Frau Althaus** wird das Thema im Zusammenhang mit TOP 12.1 ansprechen.

## 7. Übergang 4./5. Klasse

---

**Frau Althaus** informiert, dass die Klage (IGS Willy Brandt) aufgehoben worden ist. Der Ersatzwunsch konnte zugewiesen werden.

Bezüglich des ständigen Tagesordnungspunktes „Übergang 4./5. Klasse“ bittet **Frau Althaus** darum, diesen zukünftig von der TO zu streichen, da er abgeschlossen ist. Der Ausschuss bestätigt dies mit **6:0:1 Stimmen**.

## 8. Aktivitäten im Sportbereich

---

**Der Stadtschülerrat** hat schriftlich den Stand der Teil-Erstattung/Verlängerung der Jahreskarten für die Schwimmanlagen erbeten. Dazu wird in der nächsten Sitzung berichtet.

**Herr Willms, FB 40**, informiert über einige Baumaßnahmen:

Am Kanustützpunkt Kleiner Werder haben die Baumaßnahmen am Bootshaus mit Fördermitteln Hochwasser des Landes und des Bundes begonnen. Am gleichen Standort wird ebenfalls mit Fördermitteln die Böschung saniert. Derzeit findet die Sondierung der Kampfmittelbeseitigung statt.

Beim Neubau Dreifeldhalle im Lorenzweg als Ersatz der HGH erfolgt die Sondierung, Archäologie und Baufeldfreimachung, Vergabe Rohbaulos, Fertigstellung I Quartal 2023.

**Frau Richter** informiert über die Situation in der Schwimmhalle Diesdorf. Bei der Befüllung des Beckens wurden massive Wasserverluste festgestellt. Die Folie ist porös und muss entfernt werden. Derzeit wird ein Gutachten erstellt. Die Halle muss voraussichtlich bis Ende 2020 geschlossen bleiben. Die Belegung in den anderen Schwimmhallen wurde dementsprechend angepasst.

**Stadtrat Jannack** möchte wissen, ob der Schwimmunterricht und auch die Stunden, die durch Corona ausgefallen sind, komplett abgesichert werden können und bittet um Unterstützung der Schulen, z. B. durch Bereitstellung von Bussen. **Frau Richter** führt aus, dass der FB 40 im Gespräch mit den Schwimmlehrern ist. Das Problem ist auch, dass es nur eine begrenzte Zahl von Schwimmlehrern gibt. Sie weist ebenfalls darauf hin, dass die Saison im Carl-Miller-Bad sowie am Barleber See bis zum 06.09.20 verlängert wurde. Im Carl-Miller-Bad ist es daher möglich, vormittags Schulschwimmen abzuhalten.

**Stadtrat Canehl** möchte wissen, wie die Folie kaputtgegangen ist. Ist jemand haftbar zu machen? **Frau Richter** führt aus, dass die Folie seit 10 Jahren verlegt ist und unter Verschleiß gelitten hat. Eindellungen waren schon vorher vorhanden. Es handelt sich nicht nur um ein Loch, sondern die gesamte Folie ist porös.

## 9. Beschlussvorlagen

---

- 9.1. Magdeburg 2030+ Integriertes Stadtentwicklungskonzept der  
Landeshauptstadt Magdeburg - Gesamtstadt  
Vorlage: DS0199/20
- 

Die Drucksache wird auf die Sitzung des BSS am 22.09.20 vertagt.

- 9.2. Variantenuntersuchung zum Verfahren der Verteilung von  
Einschülern an kommunale Grundschulen ab dem Schuljahr  
2022/23  
Vorlage: DS0241/20
- 

**Frau Althaus** informiert, dass die Schulleitungen und der Stadtelternrat in die Variantenuntersuchung mit einbezogen wurden. Die Verwaltung schlägt im Ergebnis vor, die Verteilung der Einschüler an Grundschulen auch für das Schuljahr 2022/23 weiter durch die Bildung von Schulbezirken durch Optimierungsrechnung vorzunehmen.

Aus Sicht der Verwaltung gibt es 3 mögliche Varianten der Zuweisung von Einschülern in die Grundschulen:

- **die Bildung von Schulbezirken**  
Dies entspricht der derzeitigen Verfahrensweise.
- **die Aufhebung von Schulbezirken**  
Eltern wählen eine Schule im Stadtgebiet.
- **die Clusterbildung**  
Mehrere Schulen teilen sich einen festen Schulbezirk. Die Eltern können zwischen mehreren Schulen im Cluster wählen.

Im Nachfolgenden erläutert **Frau Althaus** die Vor- und Nachteile der 3 Varianten ausführlich.

Zu den Varianten wurden die Schulleitungen der kommunalen Grundschulen und der Stadtelternerat befragt und um Stellungnahmen gebeten. Eine große Mehrheit hat sich für den Erhalt der Schulbezirke ausgesprochen.

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten, die Einschüler auf die kommunalen Schulen zu verteilen, schätzt die Verwaltung derzeit die „Bildung von Schulbezirken“ als bestes und gerechtestes Verfahren ein.

Aus den Befragungen der Schulleitungen und des Stadtelternerates sowie den Abstimmungen mit dem Landesschulamt geht aber auch klar der Wunsch aller Beteiligten und auch der Eltern einher, die Schulbezirke möglichst über mehrere Jahre zu beschließen.

**Stadträtin Schumann** sieht sich selbst als Verfechterin der Aufhebung von Schulbezirken. Der Cluster in Stadtfeld war ein großer Erfolg. Nach ihrer Meinung könnte die Stadt gemäß § 41, Abs. 2a Schulgesetz den Schulweg zum Auswahlkriterium bestimmen. Dies könnte in der Satzung geregelt werden; die Wahl der Eltern muss auch bei Grundschulen möglich sein. So könnten Eltern beispielsweise eine Beschulung in Arbeitsortnähe oder in der Nähe der Großeltern wählen.

**Frau Althaus** informiert, dass man über das Satzungsrecht nur eine Zeitspanne für die Schulwege festlegen kann. Die Länge des Schulweges ist kein sachgerechtes Kriterium.

**Der Vorsitzende** macht deutlich, dass sich seine Fraktion für die Beibehaltung der Schulbezirke ausspricht. Der Grundsatz kurze Beine/kurze Wege ist sehr wichtig. Mit einer Clusterlösung könnte man auch gut leben. Wegen der besseren Planbarkeit ist eine Festsetzung über einen längeren Zeitraum besser, allerdings erst, wenn die Schülerzahlen stabil sind.

**Stadtrat Jannack** weist auf das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern bei Kitas hin. Sogas wünscht er sich auch für Grundschulen. Die Grundschulen könnten auch Schwerpunkte setzen, z. B. MINT-Fächer. Die Eltern könnten sich dann Schulen nach inhaltlichen Schwerpunkten aussuchen. Unter den gegebenen Umständen ist das aber nicht umsetzbar und man sollte zunächst an den Schulbezirken noch festhalten. Man sollte aber die Diskussion anschieben, wie man sich die Schule der Zukunft vorstellt.

**Stadtrat Kumpf** ist der Meinung, dass die Schulbezirke aufgehoben werden müssen. Bei Problemschulen mit bis zu 72 % Migrationsanteil – wie z.B. Grundschule Umfassungsweg – könnten die Eltern wählen. Der Elternwille ist das Maß der Dinge.

**Stadtrat Jannack** entgegnet, dass die Grundschule Umfassungsweg keineswegs eine Problemschule ist, sondern eine Vorzeigeschule, die zeigt, wie mit Integration umgegangen werden kann.

**Der Vorsitzende** bittet Stadtrat Kumpf um eine inhaltliche Diskussion in der Sache.

**Stadtrat Canehl** äußert, dass seine Fraktion wie auch die FDP/CDU den Modellversuch des Clusters in Stadtfeld als gut gelungen ansehen. Er empfindet allerdings das verpflichtende Losverfahren als Hemmnis.

Bezüglich der Schulen mit hohem Migrantenanteil bedauert er, dass beim Land nicht durchsetzbar war, diese Kinder besser auf die Schulen der Stadt zu verteilen.

**Frau Stieler-Hinz, Beigeordnete IV**, möchte sich zunächst für die herzliche Begrüßung im Ausschuss bedanken und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

**Frau Stieler-Hinz** spricht von ihren Erfahrungen aus Minden. Dort gibt es bereits seit langer Zeit keine Schulbezirke mehr. Als Folge gibt es dort „besondere Schulen“ mit schlechtem Ruf. Man sollte bei Grundschulen nicht den Wettbewerb in den Fokus setzen, sondern die Fachlichkeit. Es wird in Minden allerdings schon seit einiger Zeit darüber diskutiert, die Schulbezirke wieder einzuführen. Es gibt keinen goldenen Mittelweg. Der Elternwille ist ein hohes Gut. Sie findet es aber für Grundschüler sehr wichtig, dass die Kinder in Schulnähe wohnen, so wie auch ihre Klassenkameraden und Freunde. Der Vorschlag der Verwaltung ist ein guter Weg, solange die Schülerzahlen sich nicht stabilisiert haben. Sollten die Zahlen stabil bleiben, sind Cluster überlegenswert.

**Stadtrat Heynemann** lobt die Drucksache des FB 40. Die Fakten sind klar und verständlich dargestellt. Er ist der Meinung, die Schuleinzugsbereiche zunächst beizubehalten.

**Stadträtin Bohlander** hält den Elternwillen für sehr wichtig. In den Grundschulen soll Grundlagenwissen vermittelt und darauf vorbereitet werden, auf die weiterführenden Schulen zu gehen. Deshalb sollte in den Grundschulen kein Wettbewerb stattfinden. Dies könnte zur Unausgeglichenheit führen, weil der Ruf der Schule entscheidend ist. Sie ist für die Beibehaltung der Schuleinzugsbereiche.

**Herr Stübiger** mahnt dringend an, die Schuleinzugsbereiche beizubehalten. In den Kitas hat man über Jahre hinweg erlebt, dass Kinder in den „Wunschkitas“ bereits vor der Geburt angemeldet wurden. Da kann von Wahlfreiheit der Eltern keine Rede sein. Ihm ist wichtig, dass in den Grundschulen ein grundlegender Bildungsstand vermittelt wird, um die Kinder auf die weiterführenden Schulen vorzubereiten. Inhaltlicher Wettbewerb steht dem entgegen. Genauso wichtig ist es für die Kinder, im Umfeld ihres Wohnortes und ihrer Freunde zur Schule zu gehen.

**Stadträtin Schumann** stellt fest, dass Wettbewerb an den Grundschulen nicht den Spaß am Lernen ausschließt. Sie hält die Clusterbildung, z. B. in Ottersleben, für eine sehr gute Möglichkeit. Die Realität zeigt doch, dass auch bei kurzen Schulwegen, die Elterntaxi die Kinder zur Schule bringen. Sie macht darauf aufmerksam, dass in der Drucksache von den Jahren 2022/23 fortfolgend die Rede ist.

**Stadtrat Kumpf** findet, dass Elternwille vor Wettbewerb an den Grundschulen geht.

**Stadtrat Canehl** regt an, das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren 2 Jahre lang auszuprobieren. Er kritisiert, dass leider noch nicht alle Schulen saniert wurden. Eine Clusterlösung hält er für gut.

**Frau Richter** erläutert, dass jederzeit neu diskutiert werden kann.

**Der Vorsitzende** findet die Vorstellung von MINT-Fächern bereits in der Grundschule gut.

Die Drucksache wird mit **5:2:0 Stimmen** empfohlen.

- 9.3. Bestätigung der EW-Bau "Ersatzneubau  
Sportplatzfunktionsgebäude SG Handwerk Magdeburg e.V."  
Vorlage: DS0336/20
- 

**Herr Willms** bringt die Drucksache ein. Sie wird mit **7:0:0 Stimmen** empfohlen.

- 9.4. Namensgebung einer Schule  
Vorlage: DS0358/20
- 

Die Drucksache wird mit **7:0:0 Stimmen** empfohlen.

- 9.5. Erweiterungsneubau und Sanierung der Grundschule  
"Westerhüsen" mit Hort, Zackmünder Straße 1 in 39122  
Magdeburg, Bestätigung der Vorplanung  
Vorlage: DS0240/20
- 

**Herr Reum, KGm**, bringt die Drucksache ein.

**Stadtrat Canehl** findet die ausführliche Vorplanung gut gelungen; ebenso die 2-Zügigkeit. Diese Schule sollte auch schon mal geschlossen werden. Der Kompromiss zur Raumgröße wurde gut umgesetzt. Sollten die beantragten Fördermittel nicht fließen, ist er dafür, an einen GU zu vergeben. Der Bau würde wesentlich schneller und billiger sein. Der jetzt angestrebte Fertigstellungstermin 2024 ist viel zu spät.

**Stadtrat Jannack** mahnt an, dass die Schule dringend gebraucht wird. Er findet gut, dass die Vorplanung jetzt vorliegt. Er lobt die Drucksache des KGm. Dieser entscheidet, wie vorgegangen wird, wenn die Fördermittel nicht kommen.

**Der Vorsitzende** erinnert an den Vor-Ort-Besuch des Ausschusses an der Schule. Er findet die integrierte Sporthalle für sehr gelungen.

Die Drucksache wird mit **7:0:0 Stimmen** empfohlen.

- 9.6. Kostenerhöhung Baumaßnahme "Erweiterung und Umnutzung  
Verein Sporttherapie und Behindertensport (VSB) und  
Schaffung von Umkleiden für den Universitätssportclub  
Magdeburg e.V."  
Vorlage: DS0426/20
- 

**Herr Willms** bringt die Drucksache ein.

**Stadtrat Canehl** findet es befremdlich, dass hier Fördermittel aus dem Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ genommen werden. Diese sind seiner Meinung nach nicht für städtische Infrastrukturmaßnahmen gedacht.

**Frau Richter** merkt an, dass die Baumaßnahme für zwei große Vereine der Stadt natürlich positive Wirkung auf den Stadtteil hat und somit auch der Zweck des Förderprogramms voll erfüllt ist.

**Der Vorsitzende** informiert, dass das Landesverwaltungsamt zugestimmt hat.

Die Drucksache wird mit **7:0:0 Stimmen** empfohlen.

## 10. Informationen

---

### 10.1. Erste Ergebnisse zur Befragung "Digitales Lernen während der Corona-Krise aus Sicht der Eltern" Vorlage: I0252/20

---

**Herr Krüger**, Bildungsmonitorer Büro OB, bringt die Information sein.

Die Herausforderung, schulisches Lernen in Zeiten der Corona-Pandemie zu organisieren, war Ausgangspunkt für die Befragung der Eltern zum Digitalen Lernen:

- Wie haben Magdeburger Eltern während der Corona-Krise diesen Prozess erlebt?
- Was hat funktioniert, was nicht?
- Wie hat sich Kommunikation zwischen Lehrenden, Schüler\*innen und ihren Eltern gestaltet?

Eine verstärkte Nutzung digitaler Methoden und eine bessere Kommunikation mit den Lehrern wird von einer Mehrheit der Eltern gewünscht.

Die Schüler\*innen erledigten durchschnittlich 3,9 Stunden täglich Aufgaben für die Schule. 60% der befragten Eltern antworteten, dass diese Zeit ausreichend sei zur Erledigung der Aufgaben.

Bei der technischen Ausstattung lag außer bei Druckern die Verfügbarkeit im Haushalt über dem tatsächlichen Einsatzbedarf durch die Schule. 99 Prozent verfügen über einen Internetanschluss und bei 9/10 Befragten steht ein PC/Laptop/Tablet für das Kind bereit.

Die technische und methodische Umsetzung des schulischen Lernens in der Krisensituation wird von Eltern eher negativ bewertet: Insgesamt waren 31 % sehr/eher zufrieden, 18 % weder noch und 52 % eher nicht/gar nicht zufrieden.

Eltern wünschen sich mehrheitlich stärkeren Einsatz von digitalen Tools und digitalen Methoden durch die Lehrer\*innen und mehr Kommunikation durch die Lehrer\*innen. 72 Prozent halten Digitales Lernen für sinnvoll.

In Abstimmung mit den Projektpartnern sind weiterführende Untersuchungen geplant. Es gibt Hinweise, dass das Digitale Lernen in bestimmten Schulformen und Schulen gut umgesetzt wurde, in anderen weniger gut. Hier gilt es anzusetzen.

**Der Stadtschülerrat** kritisiert in seiner schriftlichen Stellungnahme die geringe Zahl der Beteiligten – eventuell muss zukünftig mehr Werbung für derartige Umfragen gemacht werden.

**Stadträtin Schumann** meint, dass die Auswertung der Befragung ein Ansatz für die Schulen ist, jetzt aktiv zu werden und selbst Befragungen durchzuführen. Dies wird ein detailliertes Bild für die einzelnen Schulen abbilden. Der erste Schritt ist getan und jetzt muss man in die Breite und in die Tiefe gehen.

**Stadtrat Canehl** möchte wissen, wie viele Anträge bezüglich des Digital-Paktes bis jetzt gestellt wurden und ob die Bearbeitung weiterhin durch die KID erfolgt.

**Frau Richter** weist auf die Pressekonferenz des Oberbürgermeisters hin. In der Verwaltung müsse man sich neu aufstellen, um den Digitalpakt abzuarbeiten. Neue Stellen werden ausgeschrieben.

Sie informiert, dass bis jetzt 24 bewilligte Anträge vorliegen. Zur Betreuung durch die KID kann sie noch keine Aussage treffen.

**Frau Richter** informiert weiterhin, dass die Geräte aus dem Sofortprogramm nicht über das Land geordert werden. Der Höchstsatz pro Gerät ist mit 600 € festgelegt worden. Dafür sind die Geräte zu schlecht ausgestattet. Anfang September wird man sich ein Angebot aus Finnland ansehen und eine Ausschreibung in Gang setzen. Medienpädagogen sollen ebenfalls eingestellt werden. Sie macht deutlich, dass 4 Jahre für die Umsetzung des Digitalpaktes benötigt werden. Darin enthalten sind auch bauliche Maßnahmen.

**Stadtrat Jannack** findet es gut, dass die Geräte unabhängig vom Land gekauft werden. Er findet außerdem den Einsatz von Open Source gut. Aus der Befragung der Eltern kann sehr viel mitgenommen werden. Wichtig ist, was die Schulen daraus mitnehmen. Den Schulen müssen die Daten aus der Auswertung zur Verfügung gestellt werden. Die Lehrer müssen durch das Land für digitales Lernen weitergebildet werden.

**Der Vorsitzende** regt an, das Thema regelmäßig im BSS zu besprechen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Information zum Pilotprojekt "Jugend und Kommune" - 2020  
Vorlage: I0212/20

---

**Frau Böck, Stabsstelle V/01**, bringt die Information ein.

**Der Stadtschülerrat** teilt schriftlich mit:

Verweisend auf das Gespräch mit der Kinder- und Jugendbeauftragten begrüßt der Stadtschülerrat dieses Pilotprojekt und die Drucksachen. Es wird voraussichtlich in der Zusammenarbeit mit dem FIB auch eine Teilnahme des Stadtschülerrates bei der Fachtagung im November geben.

11. Anträge

---

11.1. Sanierungskonzept für den Salbker See I  
Vorlage: A0151/20

---

**Stadtrat Jannack** kritisiert, dass die Stellungnahmen des Helmholtz-Zentrums und der Fachhochschule der Verwaltungsvorlage nicht beiliegen. Auch geht ihm die Stellungnahme nicht weit genug. Der Bedarf für einen Badesee ist im Süden gegeben. Viele Leute baden im Salbker See.

**Frau Richter** erläutert, dass man mittlerweile Erfahrungen mit Blaualgenanierungen hat – wie z. B. am Barleber See. Es wurden viele Varianten angeschaut. Beim Salbker See ist die geringe Tiefe das große Problem. Die Sanierung wäre sehr teuer und nicht nachhaltig.

**Stadtrat Canehl** wünscht sich für den Stadtteil Salbke/Westerhüsen dringend eine Aufwertung durch Höhepunkte für die Einwohner\*innen. Die Sanierung sollte weiterhin geprüft werden.

**Der Vorsitzende** stellt den Antrag zur Abstimmung. Er wird mit **3:3:1 Stimmen** nicht empfohlen.

11.1.1. Sanierungskonzept für den Salbker See I  
Vorlage: S0284/20

---

**Herr Willms** bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Sie wird zur Kenntnis genommen.

12. Verschiedenes

---

Im Nachgang zur Sitzung informiert **der Vorsitzende** über die geplante gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss. Vom JuHi wurde der 19.11.20, 16:00 Uhr, Ratssaal vorgeschlagen. Diskussion dazu in der nächsten Sitzung des BSS.

12.1. Sachstand Vorabprüfung möglicher Schulstandorte (A0147/20)

---

**Der Vorsitzende** informiert, dass die Drucksache DS0411/20 heute in 1. Sitzungsperiode im BSS diskutiert wird. Die Beratung im Stadtrat ist im November 2020. Der interfraktionelle Antrag A0147/20 hatte die Verwaltung aufgefordert, die diskutierten Standorte Am Brellin, Zuckerbusch und Am Winterhaften vergleichend auf ihre Eignung zu prüfen. Die I0266/20 wird zusammen mit der DS0411/20 in der Sitzung des BSS am 22.09.20 beraten.

**Frau Stieler-Hinz** lobt die sehr ausführliche Drucksache des Fachbereiches 40. Der aktuelle Stand der Schulentwicklung ist Grundsatz für eine solide Betrachtung. Es sind in die Drucksache viele Faktoren eingeflossen. Es wurden 3 wichtige Handlungsbedarfe identifiziert: fehlende Kapazitäten an den weiterführenden Schulen, massiver Schüleranstieg in FÖSG, wieder sinkende Schülerzahlen in folgenden Jahren. Sie unterstützt den Vorschlag für eine weiterführende Schule im Innenstadtbereich. Der Standort am Universitätsplatz in unmittelbarer Nähe zur Universität ist sehr gut geeignet für eine digitale Schule der Zukunft. Auch die Anbindung an den ÖPNV ist optimal.

Da sie heute in 1. Sitzungsperiode im Ausschuss bereits diskutiert wird, ist für Grundsatzbeschlüsse und die Beratungen in den Fraktionen genügend Zeit.

**Frau Richter** erläutert die Inhalte der Drucksache anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Der Vergleich der Geburtenprognose Stand 2017 zu 2019 zeigt einen Rückgang von derzeit 2.124 Einschülern (SJ 2020/21) auf 1.828 im SJ 2036/37, somit 296 Einschüler weniger. Die derzeitige Kapazität (ohne Schulneubau in Ostelbien und Buckau) entspricht 101 Klassen, also bei einer Klassenstärke von 22 Schülern = 2.222 Schulplätze.

Bis auf Spitzen in den Jahren 2023/24 und 2024/25 sind ausreichende Grundschulkapazitäten in Ostelbien vorhanden.

Ab dem Schuljahr 2025/26 kommt es auch in Ostelbien zu rückläufigen Einschülerzahlen. Die Grundschulkapazitäten in Ostelbien sind auch unter Beachtung zukünftiger Baugebiete ausreichend. Der Mehrbedarf in einigen Schuljahren kann durch schulorganisatorische Maßnahmen gedeckt werden.

In den Stadtteilen Altstadt/Buckau Fermersleben/Salbke/Westerhüsen lässt sich bezüglich der geplanten Baugebiete auch langfristig ein Bedarf für eine 2-zügige Grundschule ableiten. Insofern sollte der Beschluss zum Bau einer Grundschule am Standort Schanzenweg weiterverfolgt werden.

Für die weiterführenden Schulen besteht nachhaltiger Bedarf an Kapazitäten.  
 Schulneubau im Stadtzentrum einer 4-5 zügigen IGS bzw. GmS (zum SJ 2025/26)  
 Neugründung einer 3 zügigen GmS am Standort Gneisenauring (zum SJ 2023/24)  
 Darüber hinaus: Temporäre Übergangslösungen zur Sicherung der Kapazität.

Für die FÖSG gibt es allein für das kommende Schuljahr 64 Zuweisungen (auch in höheren Klassenstufen) bei nur 30 Abgängen, was rein rechnerisch ein Aufwuchs von 5 zusätzlichen Klassen bedeutet.

Es entsteht allein für das kommende Schuljahr ein weiterer Aufwuchs um ca. 10 % der Gesamtschülerzahlen an FÖSG.

Gespräche mit dem Land zu Ursachen der erhöhten Zuweisungen von SuS Geistigbehindert und Ausgleichsklassen sind zu führen. Vorschläge zur Kapazitätsabsicherung sind zu erarbeiten.

Für die berufsbildenden Schulen ist aus Sicht der Gesamtschülerzahl in den letzten 5 Jahren ein Anstieg um 324 Schüler (entspricht + 5 %) zu verzeichnen. Die Schulgebäude Schilfbreite sollen für die zu erwartenden höheren Bedarfe in den Folgejahren vorgehalten werden.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei der Verwaltung. Er erinnert daran, dass man schon einmal schlechte Erfahrungen mit Prognosen (Ottersleben) gemacht hat. Zu den zukünftig fallenden Zahlen in Ostelbien sagt er, dass das so nicht erwartbar gewesen ist. Bezüglich der Schule am Universitätsplatz muss diskutiert werden, ob eine IGS oder eine GmS sinnvoller ist.

**Stadtrat Canehl** möchte wissen, wie die Zahlen aus der Information, die im April vorgelegen haben, jetzt zu den neuen Zahlen stehen. Waren sie nur Makulatur? Er ist der Ansicht, dass das Thema GS „auf Kante“ genäht ist. Es wurde doch immer von einer Grundschul-Not gesprochen. Die vom OB im Stadtrat präsentierten Zahlen haben ihn und die anderen Stadträte geschockt. Er findet es nicht akzeptabel, von der neuen Grundschule in Ostelbien abzurücken. Den Standort für eine weiterführende Schule am Uniplatz findet er sehr gut. Er fragt allerdings die Verwaltung, warum man jetzt erst merkt, dass man weiterführende Schulen braucht.

**Frau Richter** betont, dass diese Zahlen keine Makulatur sind. Die jetzt vorgestellten Zahlen gehen noch 10 Jahre weiter. Bezüglich der weiterführenden Schulen informiert **Frau Richter**, dass bereits 2018 erste Maßnahmen eingeleitet wurden. In den letzten 3 Jahren hat die Verwaltung an der Umsetzung der Beschlüsse der GS (+ 18 Züge) und weiterführende Schulen (+ 7 Züge) gearbeitet. Die jetzige Drucksache führt den Prozess mit 7 - 8 neuen Zügen im weiterführenden Schulbereich fort.

**Stadtrat Canehl** kritisiert, dass eine zugesicherte 5-Zügigkeit an der IGS „Willy Brandt“ nun doch nicht realisierbar ist. **Frau Richter** betont, diese für das Schuljahr 2021/22 geplant ist.

**Frau Stieler-Hinz** merkt abschließend an, dass diese Zahlen natürlich die Entwicklung des Ganzen darstellen. Sie sind nicht vorhersagbar, sondern können nur prognostiziert werden. Wichtig ist, dort anzusetzen, wo massiver Bedarf entstanden ist und das ist in weiterführenden Schulbereichen.

Sie macht noch einmal darauf aufmerksam, dass sie bei Bedarf gern gemeinsam mit Frau Richter den Fraktionen die Zahlen konkret vorstellen und beleuchten kann.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Christian Hausmann  
Vorsitzende/r

Diana Dreyer  
Schriftführer/in